

Antrag

**der Abgeordneten Kersten Artus, Tim Golke, Norbert Hackbusch,
Dora Heyenn, Cansu Özdemir, Christiane Schneider, Heike Sudmann,
Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

zu Drs. 20/12014

**Betr.: Hebammentätigkeiten umfassend schützen, Unterstützung für
werdende und junge Mütter sowie Neugeborene konkret verbessern
und ausbauen**

Es ist unterstützenswert, mehr Daten über die Versorgungsleistungen durch Hebammen zu beschaffen. Die Versorgung von Schwangeren, Wöchnerinnen und Neugeborenen befindet sich allerdings in einer eklatanten Mangelsituation und muss umgehend verbessert werden. So gibt der Senat in der Drs. 20/11203 bekannt, dass die Stillquote bei Neugeborenen nur 63 Prozent beträgt. Danach fällt sie weiter rapide ab. Dabei gilt es als optimaler Start ins Leben, wenn Babys in den ersten sechs Lebensmonaten voll gestillt werden. Es sollte daher alles daran gesetzt werden, die Quoten zu erhöhen. Jedoch gibt es derzeit nur vier Hamburger Krankenhäuser, die sich als „babyfreundliches Krankenhaus“ nach WHO-Empfehlungen haben zertifizieren lassen. Zudem wurde die Zielpatenschaft Stillförderung von Hamburger Arbeitsgemeinschaft Gesundheitsförderung (HAG) und Behörde nicht mehr fortgesetzt. Diese hatte Fachveranstaltungen initiiert und 2009 eine Broschüre „Stillempfehlungen“ herausgegeben – die aber nicht mehr nachgedruckt wurde.

Weiterhin ist es dringend erforderlich, die jetzigen Ausbildungsbedingungen der Hebammen zu hinterfragen. Aufgrund der hohen fachlichen Anforderungen sollte bereits in der Grundausbildung ein Bachelor erworben werden können. Außerdem gibt es zu wenige Ausbildungsplätze, nur 20 Hebammen werden jährlich ausgebildet. Die Unterversorgung verschärft sich dadurch. Bereits jetzt gibt es in Billstedt, Rothenburgsort, Horn und Wilhelmsburg keine oder zu wenige Hebammen. Auch in Stadtteilen wie Eppendorf oder Winterhude klagen Wöchnerinnen dass sie keine Hebamme mehr bekommen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft unterstützt die Hebammen bei ihrem Engagement, ihren Beruf zu retten, um die Versorgung von Schwangeren, Müttern und Neugeborenen abzusichern und zu verbessern.

Der Senat wird aufgefordert:

2. alle Hamburger Krankenhäuser, in denen Kinder geboren werden, aufzufordern, sich nach den WHO-Empfehlungen als babyfreundliches Krankenhaus zertifizieren zu lassen;
3. die Zielpatenschaft Stillförderung wieder zu initiieren sowie die Broschüre „Stillempfehlungen“ neu aufzulegen;
4. sich mit dem Träger der Hebammenausbildung sowie Vertreterinnen der Hebammen zusammenzusetzen mit dem Ziel, die Hebammenausbildung auf

Drucksache 20/12128 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg – 20. Wahlperiode

neue Grundlagen zu stellen und dabei auch die vorübergehende Erhöhung des Ausbildungsplatzangebotes zu erwägen,

5. der Bürgerschaft bis zum 30. September 2014 über seine Bemühungen zu berichten.